



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 14.11.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 17. November 2025

Fokusthema: **Volkswirtschaft**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Schlussabstimmung zum Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert und der Kenntnisnahme des Bauprogramms für Staatsstrassen in zweiter Lesung über zwei Volksinitiativen zur Wohnungspolitik und Gegenvorschläge dazu entscheiden. Anschliessend stehen die Abschreibung von verschiedenen Vorstössen und Umsetzungsvorlagen zu zwei Motionen auf der Traktandenliste.

Schlussabstimmung zum Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zur Änderung des kantonalen Steuergesetzes betreffend Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert zu erwarten ([5980](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat hat in erster Lesung die Änderung des kantonalen Steuergesetzes materiell durchberaten und ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Wer in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, soll beim Eigenmietwert der selbstbewohnten Liegenschaft künftig einen Einschlag geltend machen können und so weniger Steuern zahlen müssen.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Bauprogramm der Staatsstrassen soll zur Kenntnis genommen werden

Unumstritten ist die Kenntnisnahme des Bauprogramms der Staatsstrassen für die Jahre 2026 bis 2028. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen ([6039](#)). Gleichzeitig mit dem Bauprogramm informiert der Regierungsrat darin auch über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der strategischen Grundlagen und die Umsetzung von neuen Bundesvorgaben im Bereich Verkehr.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Schlussabstimmung zu zwei Volksinitiativen zu Wohnungsthemen

Von den derzeit fünf hängigen Volksinitiativen zur Wohnungspolitik gelangen am Montag die letzten beiden zur Schlussabstimmung in den Kantonsrat: Die Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen («Wohnungsinitiative») ([5994](#)) und die Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen (Wohnschutz-Initiative)» ([5987](#)).

Bei der «Wohnungsinitiative» ist der Kantonsrat in erster Lesung auf den Gegenvorschlag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) eingetreten und hat diesen in der Folge materiell durchberaten. Mit dem Gegenvorschlag sollen günstige Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zum Verfassungsauftrag erhoben werden. An der zweiten Lesung wird nach der Schlussabstimmung über den von der REDKO formell überprüften Gegenvorschlag auch über die Volksinitiative abgestimmt. Mit der Volksinitiative sollen Kanton und Gemeinden den Verfassungsauftrag erhalten, für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnungsangebot zu sorgen und ökologische Bauweisen zu fördern. Die WAK beantragt mit 10 zu 5 Stimmen, die «Wohnungsinitiative» abzulehnen.

Bei der «Wohnschutz-Initiative» ist der Rat in erster Lesung ohne Gegenantrag auf zwei Gegenvorschläge eingetreten und hat diese auch materiell durchberaten. Mit dem Gegenvorschlag der WAK sollen Leerkündigungen gesetzlich reguliert werden. Der zweite Gegenvorschlag einer Minderheit liegt näher an den Forderungen der Initiative als jener der Mehrheit. Die REDKO hat die Vorlage zur Antragstellung für die zweite Lesung formell geprüft und beantragt nach Rücksprache mit der WAK eine Änderung, die der besseren Verständlichkeit dient. An der zweiten Lesung wird nach der Schlussabstimmung über die Gegenvorschläge auch über die Volksinitiative abgestimmt. Mit dem Volksbegehren wird gefordert, dass Gemeinden Bestimmungen über den sogenannten Wohnschutz erlassen dürfen. Die WAK beantragt mit 10 zu 5 Stimmen, die «Wohnschutz-Initiative» abzulehnen.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit «Wohnungsinitiative»: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Minderheit Annahme «Wohnschutz-Initiative»: Gianna Berger (AL, Zürich), 079 129 93 14

Minderheit alternativer Gegenvorschlag zur «Wohnschutz-Initiative»: Donato Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen), 078 764 87 17

Postulat zur CO₂-freien Personenschiffahrt soll abgeschrieben werden

Keine lange Diskussion wird die Abschreibung eines Postulats der Grünen betreffend «Personenschiffahrt auf CO₂-freien Antrieb umrüsten» auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 176/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, einen Umsetzungsplan für die rasche Treibhausgasneutralität der öffentlichen Personenschiffahrt auf den Zürcher Gewässern vorzulegen. In seiner Postulatsantwort hält der Regierungsrat fest, dass die Vorgaben der kantonalen Klimastrategie eingehalten werden können.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Motion zur Rechtsstellung von Care-Migrantinnen soll abgeschrieben werden

Kontrovers diskutiert werden dürfte die Motion von GLP und SP betreffend «Verbesserung der Rechtsstellung von Care-Migrantinnen». Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die Motion als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 458/2020](#)). Die Kommissionsmehrheit stützt sich dabei auf die Einschätzung des Regierungsrates, wonach die Umsetzung der Forderungen aufgrund fehlender kantonalen Zuständigkeit nicht möglich sei. Eine Minderheit aus Grünen, SP und GLP hingegen erachtet den Handlungsbedarf weiterhin als dringlich und beantragt die Rückweisung der Vorlage. Sie fordert den Regierungsrat auf, die in seinem Zuständigkeitsbereich möglichen Massnahmen zu treffen, um den Schutz vor physischer und psychischer Ausbeutung zu gewährleisten und gleichzeitig die Stellung der Hausangestellten im Rahmen des kantonalen Normalarbeitsvertrags zu stärken.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Minderheit: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Kein Fonds für Zürcher Uferwege

Der Kantonsrat hat vor drei Jahren die Motion betreffend «Thesaurierender Fonds für Uferwege» von EVP, SP, GLP, Grünen und AL an den Regierungsrat überwiesen. Damit wurde gefordert, dass die gemäss Strassengesetz jährlich für die Erstellung von Uferwegen zu budgetierenden 6 Millionen Franken in einen Fonds eingezahlt werden sollen, in dem sie nicht verfallen können. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat nun mit 10 zu 5 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zur Motion nicht einzutreten ([KR-Nr. 61/2021](#)). Die Mehrheit der KPB folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Die Kommissionsmehrheit befand mit dem Regierungsrat, dass ein solcher Fonds die Uferwegprojekte nicht beschleunigen und der Regierung diesbezüglich

keine zusätzlichen Möglichkeiten eröffnen würde. Eine Minderheit aus SP und Grünen hält den Fonds für dringend nötig und stellt einen Antrag auf Rückweisung an die Kommission.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Jonas Erni (SP, Wädenswil), 076 365 78 06

Postulat zur ZVV-Grundversorgung soll abgeschrieben werden

Rasch behandelt werden dürfte das Postulat der Grünen betreffend «ZVV-Grundversorgung in Randstunden und am Wochenende». Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 88/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, die Erschliessung von Siedlungsgebieten gemäss der ZVV-Angebotsverordnung sicherzustellen. In seiner Antwort hält der Regierungsrat fest, dass der Kanton Zürich bereits heute zum allergrössten Teil angemessen, in geeigneter Form und guter Qualität durch den ÖV erschlossen sei.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Knappe Mehrheit lehnt Velo-Vorlage ab

Gleich drei Motionen zu Velo-Themen in einer Vorlage wird der Kantonsrat voraussichtlich gegen Ende der Sitzung behandeln. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zu den drei Vorstössen nicht einzutreten. Konkret geht es um die Motionen «Sicheres und effizientes Velofahren dank Behebung der 1200 Schwachstellen bei der Veloinfrastruktur» ([KR-Nr. 364/2020](#)), «Sicheres Velofahren dank systematischer Überprüfung und Abgleichung von Strassenprojekten mit dem kantonalen Velonetzplan zur Behebung von Schwachstellen» ([KR-Nr. 365/2020](#)) und «Thesaurierender Fonds für Radwege» ([KR-Nr. 62/2021](#)). Die Mehrheit der KPB folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Für sie würde der thesaurierende Fonds Gelder binden, ohne die gewünschte Wirkung zu erzielen. Zudem ist sie der Ansicht, dass die Vorlage einen grossen Aufwand für die Aufschlüsselung von Strassenbauprojekten mit sich bringen würde. Die Haupthindernisse für den Veloverkehr sieht sie in den Verfahren und Einsprachen. Eine Minderheit aus SP, GLP und Grünen erkennt hingegen Handlungsbedarf bei den Anliegen der Motionen und spricht sich dagegen aus, diese in einer Umsetzungsvorlage zusammenzufassen. Die Minderheit beantragt daher Eintreten, sodass in der Folge ein Antrag auf Aufteilung der Vorlage gestellt werden kann.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Jonas Erni (SP, Wädenswil), 076 365 78 06

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12